

## **Jeder Ferienjob muss gleich viel Wert sein!**

### **Ferienjob = Berufsorientierung + Bildung + Job**

*Im Sommer ist es soweit: In Niedersachsen beginnen die großen Ferien. Viele Jugendliche ziehen sich den Blaumann über und packen an den Fließbändern im Land mit an. Bislang entscheidet allerdings der soziale Status der Eltern darüber, wie viel Geld man von seinem Ferienjob behalten darf. Jugendliche, deren Eltern Arbeitslosengeld II erhalten, müssen einen Teil ihres Einkommens für den Lebensunterhalt verwenden. Es wird angerechnet. Anreize zur Berufserfahrung werden zunichte gemacht. Das ist ungerecht. Umso mehr, als das Bundesverfassungsgericht die Bildungsbeteiligung von Jugendlichen bei der jüngsten Urteilsverkündung zum Arbeitslosengeld II in den Mittelpunkt gestellt hat. Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen entsprechenden Antrag in den Bundestag eingebracht. CDU/CSU und FDP wollen das zwar rhetorisch auch, lehnen jedoch unsere Vorschläge ab und legen selbst nichts vor. Ursula von der Leyen schaut tatenlos dabei zu, statt für Chancengleichheit bei den Jugendlichen zu sorgen.*

Das Ziel der SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Wir wollen, dass jede und jeder Jugendliche die gleiche Chance hat erste Berufsorientierung im Ferienjob zu sammeln. Gerade nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Grundsicherung ist dieser bildungspolitische Aspekt beim Ferienjob nicht zu unterschätzen. Heute ist es so: Jugendliche die Sozialgeld beziehen, müssen einen Teil des Ferienjobgehalts für ihren Lebensunterhalt verwenden. Das ist weder bildungs- noch sozialpolitisch gerecht. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion einen entsprechenden Antrag in den Bundestag eingebracht.

Wie ist es – ein Beispiel von Markus und Julia aus Hameln

Markus – Kind einer arbeitssuchenden, alleinerziehenden Mutter aus Hameln – arbeitet vier Wochen in den Sommerferien von Mitte Juli bis September. Von seinem Verdienst, rund 1.200 Euro, will er sich eine E-Gitarre kaufen, damit er in der Schulband mitspielen kann. Seine Freundin Julia – ihre Eltern sind Lehrer – hat neben ihm am Band in der Fabrik gestanden. Sie möchte ihren Verdienst in den Führerschein stecken. Während Julia am Ende der Ferien ihre ersten Fahrstunden nimmt, hat es bei Markus nicht für das langersehnte Instrument und die Schulband gereicht. Sein Verdienst wurde auf das Arbeitslosengeld seiner Mutter angerechnet. Markus muss 600 Euro für den Lebensunterhalt beisteuern.

Mit dieser Ungleichbehandlung muss Schluss sein. Die SPD-Bundestagsfraktion will, dass jede Schülerin und jeder Schüler bis 25 Jahre sein Gehalt des vierwöchigen Ferienjobs behalten kann.

Wir wollen, dass nächsten Sommer Markus und Julia beide gerne ihren Ferienjob machen. Es lässt schon tief blicken, wie Guido Westerwelle und führende Unionspolitiker die Debatte um transparente und bildungsorientierte Regelsätze immer wieder einseitig anheizen. Ein neuer Sozialstaat ist nicht notwendig, sondern ein konsequentes Aufbauen von Bildungschancen, die Menschen stärken und Wege öffnen. Das ist sozialdemokratische Politik und wir werden die Regierung vor uns her treiben. Unsere Antwort gegen Armut lautet: Gleiche Bildungschancen, kinderspezifische Bedürfnisse berücksichtigen und gute Arbeit mit Mindestlöhnen erreichen. Schwarz-gelb schafft das nicht.

Gabriele Lösekrug-Möller MdB

Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales und stellv. Vorsitzende der SPD-Landesgruppe Niedersachsen im Deutschen Bundestag